

DIALOG – VERTRAUEN – SICHERHEIT

*Voraussetzungen und Impulse für eine zeitgemäße
sozialdemokratische Entspannungspolitik*

positionen
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

VORAUSSETZUNGEN UND IMPULSE FÜR EINE ZEITGEMÄSSE SOZIALDEMOKRATISCHE ENTSPANNUNGSPOLITIK

AUSGANGSLAGE

Der Frieden in Europa ist in den letzten Jahren brüchig geworden. Die Hoffnungen Europas nach dem Ende des Kalten Krieges auf einen nachhaltigen Frieden haben sich nicht erfüllt. Die Teilung des Kontinents wurde bis heute nicht vollständig überwunden, sondern nur weiter nach Osten verschoben. Wir erleben dies unter anderem an den kriegesischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine. Ziel muss es sein, eine auf vereinbarten Normen basierende Ordnung für den europäischen Frieden auf verbindlichem internationalem Recht und nicht auf der Macht des Stärkeren zu etablieren: multilateral statt multipolar.

Mehrere Ereignisse haben zur Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa in den letzten Jahren beigetragen: Der georgisch-russische Krieg 2008 und die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim durch Russland sowie der bewaffnete Konflikt im Südosten der Ukraine seit 2014. Dort kämpfen seit nun über vier Jahren Separatisten mit russischer Unterstützung gegen ukrainische Streitkräfte. Über 10.000 Menschen haben bislang ihr Leben verloren, knapp zwei Millionen Menschen sind aus dem Kriegsgebiet geflohen. Als Folge haben die EU und die USA Sanktionen gegen Russland verhängt, im Gegenzug initiierte Russland ebenfalls Sanktionen gegen den Westen. Der Weg zu einer friedlichen Lösung und zu einer Beendigung der beiderseitigen Sanktionen hängt maßgeblich ab von der allseitigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen.

Bis ins 20. Jahrhundert wurde das Schicksal der europäischen Völker von den Interessen der Großmächte bestimmt. Sowohl nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Versailles als auch gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Jalta prägten die Entscheidungen der damaligen Großmächte die politische Landschaft in Europa. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte sich allmählich die Einsicht durch, dass eine dauerhafte stabile Ordnung in Europa nur dann möglich ist, wenn große und kleinere Staaten sich in ihrem Verhalten an den gleichen völkerrechtlichen Normen orientieren, ihre Grenzen wechselseitig respektieren und sich um eine möglichst faire Balance zwischen den Interessen und Zielen aller, auch der kleineren Staaten bemühen – so festgehalten in Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen.

Der Prozess der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), der mit der Schlussakte von Helsinki im August 1975 seinen ersten Abschluss fand, leitete in Europa eine Entwicklung ein, die in der Pariser Charta „Für ein neues Europa“ im November 1990 ihren Höhepunkt fand. Europäische Sicherheit wurde fortan nicht mehr als Macht des Stärkeren verstanden, sondern als kollektive Sicherheit, die auf internationalem Recht und Werten basiert. Auch kleinere und damit zumeist wirtschaftlich und militärisch schwächere Staaten genießen Schutz und Stabilität durch eine von Normen geleitete Sicherheitsordnung.

Alle europäischen Staaten inklusive der damals noch existierenden Sowjetunion sowie die USA und Kanada haben sich 1990 zu diesen gemeinsamen Normen einer europäischen Friedensordnung bekannt. Auf dieser Grundlage wurde Russland Mitglied des Europarates und erkannte damit auch die Europäische Menschenrechtskonvention an. Doch der Ansatz einer kooperativen Sicherheit in dem gemeinsamen KSZE-Raum, später OSZE (Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa), der ein weiteres Mal in der „Charter for European Security“ der OSZE in Istanbul im November 1999 bestätigt wurde, konnte sich in den folgenden Jahren nicht durchsetzen. Die Teilnehmerstaaten einigten sich darauf, ihre Beziehungen „im Einklang mit dem Konzept der gemeinsamen und umfassenden Sicherheit [zu] gestalten, im Sinne von gleichberechtigter Partnerschaft, Soli-

darität und Transparenz“. Zwei Grundprinzipien wurden verankert: Auf der einen Seite „das jedem Teilnehmerstaat innewohnende Recht, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern“, auf der anderen Seite die Feststellung, dass „jeder Teilnehmerstaat diesbezüglich die Rechte aller anderen achten und seine Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen (wird)“.

Moskau beruft sich vor allem auf Letzteres und wirft dem Westen vor, durch die NATO-Osterweiterung die Interessen Russlands missachtet zu haben. Die USA und die EU verweisen derweil auf die Bündnisfreiheit eines jeden Mitgliedsstaates. Diese Positionen können nur im Dialog in Einklang gebracht werden. Hierbei müssen selbstverständlich sowohl die Bedrohungswahrnehmungen Russlands als auch der Länder Mittel- und Osteuropas berücksichtigt und zu einem Ausgleich gebracht werden.

Russland ist es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht gelungen, ein partnerschaftliches oder gar freundschaftliches Verhältnis zu seinen kleineren Nachbarn im Westen und Süden zu entwickeln. Sein Verhalten gegenüber der Ukraine, der Republik Moldau, Georgien und anderen Anrainerstaaten zeugt nach wie vor von einem Denken in Einflusszonen. Die Beachtung völkerrechtlicher Normen spielt hier – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle. Für Präsident Putin gilt der Zusammenbruch der Sowjetunion noch immer als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Moskau im Widerspruch zu den Prinzipien und Werten der Charta von Paris von einer Hierarchie der Staaten ausgeht. Große und kleine Staaten sind demnach nicht gleichberechtigt, sondern den mächtigeren Staaten innerhalb ihrer Einflusszonen untergeordnet.

Es ist besorgniserregend, dass sich ähnliche Vorstellungen inzwischen auch jenseits des Atlantiks unter US-Präsident Trump durchzusetzen scheinen. „America First“ bedeutet die Infragestellung einer regelbasierten und kooperativen, also multilateralen Sicherheitsordnung. Vereinbarungen zwischen den europäischen Großmächten und den USA – orientiert an historischen Vorbildern wie Jalta oder Versailles – sind für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jedoch nicht akzeptabel. Wenn der russische und der amerikanische Präsident dem Zusammenhalt der Europäischen Union entgegenwirken, ist dies ein Alarmsignal. Russland unterstützt politisch und finanziell rechtspopulistische und nationalistische Parteien und Bewegungen in den EU-Mitgliedstaaten, wie etwa die „Rassemblement National“ (früher: Front National) in Frankreich, die das Ende der heutigen Europäischen Union zu ihrem Ziel erklärt haben. US-Präsident Trump hat beim letzten NATO-Gipfel Mitte Juli 2018 in Brüssel den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses massiv infrage gestellt und macht aus seinen Sympathien für den Brexit keinen Hehl. Damit handeln beide gegen europäische und spezifisch deutsche Interessen.

ABRÜSTUNGSINITIATIVEN WIEDER BELEBEN

Europa muss eigene sicherheitspolitische sowie Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, auch um sich nicht zunehmend dem wechselnden Verhältnis der Großmächte anzuliefern. Wir brauchen mehr Dialog über konventionelle Abrüstung. Seitdem Russland die Implementierung des KSE-Vertrags 2007 suspendiert hat, kommen mit Ausnahme des Vertrags über den Offenen Himmel keine harten und rechtlich verbindlichen konventionellen Rüstungskontrollregeln zwischen Russland und der NATO mehr zur Anwendung. Das schafft erhebliche Risiken. Deshalb hat der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier im August 2016 einen Neustart in der konventionellen Rüstungskontrolle initiiert. Zurückhaltung, Berechenbarkeit, Transparenz und Vertrauensbildung müssen gestärkt sowie neue militärische Fähigkeiten und Waffensysteme, wie unbemannte Luftfahrzeuge, Raketenabwehr, zielgenaue Präzisionswaffen und Cyberfähigkeiten in Vereinbarungen einbezogen werden.

Das Gleiche gilt für die Nuklearstrategien Russlands und der USA. Russland macht keinen Hehl daraus, dass es aufrüstet – konventionell, zunehmend aber auch im Cyber-Bereich und nuklear. Dazu gehört auch die Stationie-

rung nuklearfähiger Systeme an Europas Außengrenzen. Die neue US-Nuklearstrategie hat die Akzente von der weiteren Reduzierung der Bedeutung von Nuklearwaffen hin zu glaubwürdiger und flexibler Abschreckung verschoben. Der INF-Vertrag ist mit seinem Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen seit 1987 ein Grundpfeiler der atomaren Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur sowie der europäischen Sicherheit. Er muss unbedingt erhalten bleiben. Eine nukleare Aufrüstung wäre der falsche Weg und würde die Spannungen in Europa noch weiter erhöhen.

DIE EU ALS FUNDAMENT

Die Europäische Union ist eine Friedensordnung. Sie ist dies aufgrund eines umfassenden Systems des Ausgleichs zwischen den Interessen und dem Einfluss größerer und kleinerer Staaten. Bei allen Unterschieden basiert die EU auf einem Grundbestand gemeinsamer Werte und Normen. Ihre Handlungsfähigkeit erfordert funktionsfähige gemeinschaftliche und multilaterale Institutionen sowie eine politische Kultur, die die Bereitschaft zum Kompromiss beinhaltet. Gerade in Zeiten des wachsenden Rechtspopulismus, insbesondere innerhalb Europas, ist es wichtiger denn je, die europäischen Werte des Humanismus, der Aufklärung und der Solidarität gemeinsam zu schützen und zu stärken.

Die EU-Initiative für eine Permanent Structured Cooperation (PESCO) soll den Rahmen für Kooperation von EU-Staaten im Bereich militärischer Koordinierung und Entwicklung bilden und hat zum Ziel, die europäische Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Angesichts des russischen Verhaltens in den vergangenen Jahren ist es nachvollziehbar, dass sich die Nachbarn Russlands auch militärisch bedroht fühlen. Insofern ist die erhöhte Präsenz der NATO in den baltischen Staaten konsequent und Ausdruck der Bündnissolidarität.

ERSTE SCHRITTE ZUR ÜBERWINDUNG DER KONFRONTATION

Aber Sicherheit voreinander allein wird nicht reichen. Wir brauchen auch Sicherheit miteinander. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind davon überzeugt, dass gerade während einer Krise eine intensive Kommunikation unabdingbare Voraussetzung für deren friedliche Überwindung bleibt. Zusätzliche vertrauensbildende Maßnahmen sowie eine erhöhte Transparenz militärischer Entscheidungen sind dringend geboten. Dialogbereitschaft und Angebote kooperativer Sicherheit sollten darauf ausgerichtet werden, unkontrollierte Eskalations- und Rüstungsdynamiken, aber auch russische Fehleinschätzungen der Absichten des Westens und umgekehrt zu minimieren. Daher sind die Fortsetzung des Dialogs im NATO-Russland-Rat, die Nutzung von Krisenkommunikationsmechanismen auch auf militärischer Ebene und andere Formen der Konfliktentschärfung wichtig.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die von Außenminister Heiko Maas unter anderem auf seiner Moskauer-Reise im Mai 2018 unterbreiteten Angebote zur Intensivierung des Austauschs zwischen den Regierungen und den Zivilgesellschaften; darunter

- die Vereinbarung eines neuen Themenjahres zu Hochschulkooperation und Wissenschaft 2018-20;
- die Wiederaufnahme und Verstetigung von Gesprächsformaten auf Staatssekretärebene;
- die Wiederaufnahme von Treffen im „Normandie-Format“ auf Ebene der Außenminister und
- die Fortsetzung der Treffen des NATO-Russland-Rats.

Angesichts der Debatte um eine Friedensmission der Vereinten Nationen im Donbass ist es sinnvoll, die Vetomächte im Sicherheitsrat stärker in die Suche nach einer politischen Lösung mit einzubeziehen.

OSZE STÄRKEN

Die OSZE und andere Instrumente der kooperativen Sicherheit müssen ebenfalls gestärkt werden. Gerade in der jetzigen Phase der Vertrauenskrise sollte die OSZE als inklusives Dialogforum weiter ausgebaut und gleichzeitig handlungsfähiger und effektiver bei der Verhütung von Konflikten werden. Deutschland hat hier während seines OSZE-Vorsitzes wichtige Impulse gesetzt – wie etwa den „Strukturierten Dialog“ zur Vereinbarung neuer vertrauensbildender Maßnahmen oder häufigere Kontakte zwischen den Streitkräften der OSZE-Teilnehmerstaaten.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Ost-Erweiterung von EU und NATO ist Deutschland zum ersten Mal in der Geschichte von befreundeten und verbündeten Staaten umgeben. Der Erhalt dieser politisch, wirtschaftlich und geostrategisch günstigen und friedlichen Lage sowie insbesondere die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Europäischen Union als Friedensmacht ist daher unsere vorrangige außenpolitische Priorität. Dies wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns sowohl um gute Beziehungen zu den größeren Staaten in Europa und jenseits des Atlantiks bemühen als auch gleichzeitig auf die Interessen der kleineren Staaten in Europa Rücksicht nehmen.

Die multilaterale Einbettung der Außen- und Sicherheitspolitik ist für Deutschland im Gegensatz zu den USA und Russland nicht verhandelbar. Multipolarität statt Multilateralismus ist für uns keine Option. Wenn Mächte außerhalb oder innerhalb Europas den Zusammenhalt der EU und ihre Stabilität gefährden, müssen wir dieser Entwicklung entschlossen entgegenreten. Dies gilt auch, wenn ein Staat die normativen Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben in Europa durch sein Reden und Handeln infrage stellt und damit eine andauernde Verletzung der in der KSZE-Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris von allen Unterzeichnerstaaten gemeinsam akzeptierten Normen für ein friedliches Zusammenleben in Europa in Kauf nimmt.

Würden wir ein solches Verhalten akzeptieren, trüge dies zur Erosion jener völkerrechtlichen Normen bei, deren Einhaltung für jede europäische Friedens- und Sicherheitsordnung unverzichtbar ist. Eine Relativierung oder Preisgabe völkerrechtlicher Normen würde die Zusammenarbeit mit Russland keineswegs erleichtern und unseren eigenen Handlungsspielraum verringern statt zu vergrößern. Gleichwohl halten wir an dem Ziel einer europäischen Friedensordnung möglichst unter Einschluss Russlands fest, auch wenn unsere Bemühungen um eine pragmatische Kooperation durchaus auf Vorbehalte insbesondere zentral- und osteuropäischer Regierungen stoßen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir die Verletzung der für eine europäische Friedensordnung grundlegenden Normen und Werte eindeutig verurteilen.

RUSSLANDPOLITIK NUR GEMEINSAM MIT UNSEREN PARTNERN

Russland ist für Deutschland nach wie vor das bestimmende Land unmittelbar östlich der Grenzen von EU und NATO – sei es als potenzieller Partner oder als Herausforderung. Gleichzeitig muss die deutsche Politik aber auch entschlossen für die Belange der östlichen Nachbarn in EU und NATO eintreten. Unser Ziel ist eine europäische Russland-Politik. Eine isolierte deutsche Russlandpolitik wird es daher auch künftig nicht geben. Die Einbeziehung Russlands kann nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, unsere östlichen Nachbarn in der EU und der Östlichen Partnerschaft dafür zu gewinnen. Dies setzt voraus, dass wir auch bereit sind, deren Interessen und Bedrohungswahrnehmungen zu berücksichtigen. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, die Länder Europas in- und außerhalb der EU, die sich an gemeinsamen Werten, Normen und Prinzipien orientieren, zu einer engeren Zusammenarbeit zum Schutz dieser Werte und Normen zu motivieren und zu befähigen. Deswegen sind besonders Gesprächsformate anzustreben, die Russland und die Länder der ÖP an einen gemeinsamen Tisch bringen.

VERTRAUENSBILDUNG – EIN GRUNDPFEILER SOZIALDEMOKRATISCHER AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Auch wenn sich die geostrategische Lage gegenüber den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts völlig verändert hat, bleiben die Grundprinzipien der sozialdemokratischen Ostpolitik, dem Ziel einer europäischen Friedensordnung durch eine „Politik der kleinen Schritte“ näherzukommen, nach wie vor aktuell. Dazu gehört auch, sich trotz grundsätzlicher Meinungsunterschiede um eine möglichst kooperative Form der Konfliktbewältigung zu bemühen sowie die Gewährleistung einer ausreichenden Verteidigungsfähigkeit immer mit dem Bemühen um Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung zu verbinden. Es geht darum, trotz unterschiedlicher Auffassungen in grundsätzlichen Fragen zu tragfähigen Kompromissen zu kommen.

Sozialdemokratische Friedenspolitik beruht auf einer Kombination von Prinzipientreue und Pragmatismus. „Principled pragmatism“ nennt dies die Globale Strategie der EU, die die Leitschnur der fünf von den EU-Außenministern 2016 angenommenen „Mogherini-Prinzipien“ der EU-Russland-Politik bildet. Trotz der Verletzung der in der KSZE-Schlussakte und in der Charta von Paris vereinbarten Prinzipien und Werte, insbesondere auch der Menschenrechte, ist es sinnvoll, den Dialog mit der russischen Führung, staatlichen Stellen und der Gesellschaft fortzuführen und zu intensivieren.

AKTUELLE ANSÄTZE MÖGLICHER ZUSAMMENARBEIT

Sich um Zusammenarbeit zu bemühen, bedeutet nicht, bestehende Differenzen bei den Interessen und Werten auszublenden. Zu versuchen, Russland zu verstehen, heißt nicht, in jeder Frage übereinzustimmen. Deshalb sollte bereits heute über neue vertrauensbildende Maßnahmen und über Projekte der Zusammenarbeit gesprochen werden – wo sie sinnvoll und realistisch sind. Auf dieser Basis ist es auch möglich, unsere Erwartungen an russische Verhaltensänderungen klar zu formulieren. Wir erwarten, dass Russland

- in Syrien Assad an den Verhandlungstisch bringt und dafür sorgt, dass Angriffe auf die Zivilbevölkerung und der Einsatz von Chemiewaffen unterbleiben;
- in der Ostukraine durch seinen Einfluss auf die Separatisten dazu beiträgt, den im „Minsker Abkommen“ vereinbarten Waffenstillstand einzuhalten;
- Cyber-Angriffe von seinem Territorium auf andere Länder unterbindet, ebenso wie die Einmischung in Wahlen.

In ausgewählten Politikbereichen wird es darum gehen müssen, im europäischen Interesse den Austausch mit Russland zu erweitern. Dies betrifft die Suche nach Lösungen und gemeinsamen Politikansätzen gegenüber transnationalen Herausforderungen und internationalen Krisen wie

- im Nahen Osten insgesamt und in Afghanistan, sowie gegenüber
- dem Klimawandel,
- der Migrationsproblematik oder
- dem internationalen Terrorismus.

MODERNISIERUNG ALS CHANCE

Wo es möglich und sinnvoll ist, sind wir bereit, über eine engere Zusammenarbeit Beiträge zu einem Modernisierungsprozess in Russland zu leisten. Wir können Russland aber nicht gegen seinen Willen von außen verändern, und sollten dies auch nicht versuchen. Nicht zu unterschätzen ist aber die stabilisierende Wirkung wirtschaftlicher Kontakte auf die politischen Beziehungen. Daher sollte nach neuen Möglichkeiten gesucht werden, um Wirtschaftskooperation zu fördern. Deutschland hat während des OSZE-Vorsitzes das Prinzip der Konnektivität vorangetrieben, also das Verständnis, auch durch wirtschaftliche Beziehungen Kommunikation zu erhöhen und Spannungen abzubauen.

FORMATE REGIONALISierter ZUSAMMENARBEIT PRÜFEN

Denkbar wären intensiverte Beziehungen und Kontakte zu den von Russland dominierten Institutionen wie der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der Organisation für den Vertrag über kollektive Sicherheit (OVKS). Dies hätte zum einen den Vorteil, dass Interessenkonflikte „regionalisiert“ würden und sich nicht nur Russland und „der Westen“ begegneten, sondern auch die EU und die EAWU (Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgistan) und – unter dem Dach der OSZE – die NATO und die OVKS (Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Belarus und Russland). Zum anderen käme man damit dem russischen Bedürfnis nach „Augenhöhe“ entgegen.

Im Gegensatz zu einer langen Reihe früherer Integrationsvorhaben hat sich die EAWU im postsowjetischen Raum inzwischen fest etabliert. Die EFTA-Länder Schweiz und Norwegen verhandeln bereits seit einigen Jahren ein Freihandelsabkommen mit der Eurasischen Wirtschaftsunion. Auch China führt Gespräche und sieht die EAWU im Rahmen seines Seidenstraßenprojekts als wichtigen Transitraum auf dem Weg nach Europa. Was fehlt, ist ein klares Mandat für die EU-Kommission, einen entsprechenden Dialog auf Arbeitsebene zu intensivieren. Es geht um einen realistischen Ansatz und einen langen Atem. Die Erstellung der neuen EU-Zentralasienstrategie bis 2019 bietet hier einen hervorragenden Rahmen für innovative und anschlussfähige Konzepte. Diese Chance sollte die EU nutzen – in voller Transparenz mit Russland und China.

Die OVKS wiederum hat theoretisch durchaus Potenzial und Möglichkeiten zu transregionalem Dialog im Bereich der Bekämpfung neuer Sicherheitsbedrohungen. Vorstellbar wären gemeinsame Arbeitsfelder von NATO und OVKS zu vertrauensbildenden Maßnahmen und Rüstungskontrolle unter dem Dach der OSZE. Die militärischen Risiken müssen reduziert werden, etwa durch Beschränkungen bei Manövern, Truppenstationierungen in den gefährdeten Zonen, funktionsfähige Kommunikationskanäle und effektive Inspektionen sowie durch eine Stärkung des Wiener Dokuments zu Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen. Auch wenn Kooperation oder gar vertragliche Beziehungen zwischen der NATO und der OVKS bisher weder aus Sicht der Allianz noch der OVKS kurzfristig möglich erscheinen, wollen wir das Potenzial eines Dialogs ausloten, ohne dabei einen Dominanzanspruch Russlands gegenüber seinen Nachbarn anzuerkennen.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN AUSTAUSCH WEITER FÖRDERN

Bei der (Wieder-) Herstellung gegenseitigen Vertrauens sind auch intensive Verbindungen zwischen den Gesellschaften Russlands und den übrigen Staaten Europas unverzichtbar. Wir müssen den zivilgesellschaftlichen Austausch als eine der wenigen erhaltenen Brücken im Verhältnis zu Russland weiter stärken, insbesondere im Jugendbereich. Das Interesse der Menschen aneinander ist weiterhin groß. Dies hat auch die Fußballweltmeisterschaft in Russland im Sommer 2018 eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die größte Gruppe von Erasmus-Stipendiaten weltweit stellt Russland. Wir setzen uns dafür ein, dass Russland auch im Nachfolgeprogramm Erasmus

von 2021-2027 in entsprechender Weise als Programmland berücksichtigt wird. Gerade in Zeiten von Spannungen spielen zivilgesellschaftliche Projekte zur Überbrückung von Differenzen eine umso wichtigere Rolle. Der wichtigste Partner Russlands in der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung ist die EU. Solche Kontakte können das Verständnis für andere Sichtweisen erhöhen.

Dem seit den neunziger Jahren in Deutschland zu verzeichnenden Rückgang von Osteuropa-Forschungseinrichtungen konnte mit der von Gründung des Zentrums für Osteuropa- und Internationale Studien (ZOIS) erfolgreich entgegengewirkt werden. Auch die Friedens- und Konfliktforschung – einschließlich der naturwissenschaftlichen Friedensforschung – wollen wir weiter stärken und die Expertise in diesem Bereich sichern. Die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Schaffung von Schutz- und Freiräumen. Daher sollten die Kulturmittler in diesem Kontext weiterhin unterstützt und gestärkt werden.

Erleichtert und befördert würden die bilateralen Kontakte durch einen Verzicht auf die Visapflicht im bilateralen Reiseverkehr zwischen Russland und dem Schengen-Raum insbesondere für junge Menschen, wie er grundsätzlich von beiden Seiten seit Anfang der neunziger Jahre angestrebt wird. Interessant könnten auch multilaterale Formate mit Beteiligung aus Mittelost- und Osteuropa sein. Wir begrüßen die bereits laufenden Projekte zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Austauschs wie die Tradition der bilateralen Kreuzjahre.

AUSBLICK

„Sicherheit beginnt mit Vertrauen und Vertrauen mit Dialog“, so OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger. In praktische Politik übersetzt könnte dies bedeuten, unter dem Dach der OSZE und unter Einbeziehung Russlands multilaterale Gespräche über anstehende Herausforderungen zum Beispiel im ökonomischen, rechtsstaatlichen und sicherheitspolitischen Bereich mit den Staaten der Östlichen Partnerschaft zu führen. Das wäre auch im Interesse Russlands. Wenn dies gelingt und verlorengegangenes Vertrauen wieder aufgebaut werden konnte, kann auch über das langfristige Ziel einer europäischen Friedensordnung verhandelt werden, in der die Achtung und Einhaltung völkerrechtlicher, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Prinzipien selbstverständlich verankert sein müssen.

Zum ersten Mal wäre in Europa ein „ausbalancierter Frieden“ in Sicht, also ein Zustand, der die Teilung Europas tatsächlich beendet und damit für alle Staaten Europas annehmbar ist und zu einem interessengeleiteten Ausgleich zwischen der EU, den USA, Staaten der Östlichen Partnerschaft und Russland führen könnte. Eine solche Strategie entspräche einer europäischen Politik der Verantwortung. Durch die Anerkennung eines gemeinsamen Ziels in Übereinstimmung mit den Interessen der relevanten Akteure ist diese Politik als Prozess zu verstehen, bei dem alle Seiten gewinnen können, und zwar Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Sollte Russland substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen erzielen, dazu gehören unter anderem ein Waffenstillstand, die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze, der Abzug aller fremden Truppen, der Austausch von Gefangenen und Zugang für humanitäre Hilfe, sind wir in Absprache mit unseren europäischen Partnern zu einem Abbau der entsprechenden Sanktionen bereit.

Wir sollten und dürfen den derzeitigen Antagonismus zwischen Russland und dem Westen weder als natürlichen noch als Dauerzustand akzeptieren. Aber Deklarationen, Gesamtkonzepte oder Befreiungsschläge allein helfen nicht weiter. Deshalb hilft nur eine Politik der kleinen Schritte, eine Politik der gegenseitigen Vertrauensbildung und der schrittweisen Transformation der zurecht als unbefriedigend und gefährlich empfundenen Verhältnisse. Dieser Ansatz kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn sie Partner für ihre Initiativen findet und der Adressat ihrer Friedenspolitik zu einer konstruktiven Reaktion bereit ist.

„Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten“, so hat es Willy Brandt einst formuliert. Es liegt auch in unserer Hand, mit ersten Schritten als vertrauensbildende Maßnahmen hin zu einer europäischen Friedensordnung die passenden Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag,
Carsten Schneider, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

TELEFON: 030 227-57133

TELEFAX: 030 227-56800

TEXT:

Arbeitsgruppe Außenpolitik

GESTALTUNG: Öffentlichkeitsarbeit

Erschienen im Oktober 2018

WWW.SPDFRAKTION.DE

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.